

Call for Abstracts
für das PVS-Sonderheft 2017
und eine Autorenkonferenz an der Goethe-Universität Frankfurt am Main
zum Thema:
„Politik und Verantwortung.“
Analysen zum Wandel politischer Entscheidungs- und Rechtfertigungspraktiken“

PVS-Sonderheft 2017

Das PVS-Sonderheft zum Thema „Politik und Verantwortung“ wird im Jahr 2017 erscheinen und von Christopher Daase, Julian Junk, Stefan Kroll und Valentin Rauer herausgegeben. Ziel ist es, die seit einiger Zeit boomende Konjunktur des Verantwortungsbegriffs zu reflektieren, die Relevanz und Aporien des Verantwortungsbegriffs zu analysieren und den Wandel – und damit auch die Möglichkeiten und Grenzen – des Verantwortungsbegriffs angesichts gesellschaftlicher und technischer Veränderungen zu erfassen. Mit diesem Call wollen wir bis Ende Juni 2015 Vorschläge für Manuskripte aus allen Bereichen der Politikwissenschaft (und aus angrenzenden Disziplinen) einwerben, um einen thematisch umfassenden und theoretisch wie methodisch vielfältigen Überblick über die neueste Forschung zu politischer Verantwortung zu gewinnen. Auf Grundlage der Einsendungen werden die Herausgeber im Juli 2015 eine Auswahl treffen und Autorinnen und Autoren zur Mitarbeit und zu einer Autorenkonferenz einladen, die im Februar 2016 am Exzellenzcluster „Die Herausbildung normativer Ordnungen“ der Goethe-Universität in Frankfurt am Main stattfinden wird. Die Beiträge des Sonderheftes unterliegen einem externen Begutachtungsverfahren, das für den Sommer 2016 geplant ist. Das fertige Manuskript soll im Frühjahr 2017 beim Verlag eingereicht werden.

Konzept

Das Begriff der Verantwortung hat sich im Laufe des 20. Jahrhunderts – zusammen mit ähnlichen Begriffen (Verantwortlichkeit, Rechenschaft, Rechtfertigung etc.) – zu einer politischen Leitsemantik entwickelt. Unter dem Signum der Verantwortung werden politische Aufgaben delegiert und politisches Handeln gerechtfertigt. Dabei impliziert Verantwortung, dass die Folgen des Handelns den Verursachenden zugeschrieben werden können. Subjekte der Verantwortung können dabei nicht nur individuelle sondern auch kollektive Akteure wie Organisationen, Gruppen oder Staaten sein. Maßgeblich ist, dass ein kausaler Zusammenhang zwischen dem Entscheidungssubjekt, seiner Entscheidung und einer Entscheidungsfolge identifizierbar ist. Das Konzept „Verantwortung“ vermittelt somit zwischen autonomen Entscheidungsfreiheiten einerseits und den rechtlichen und sozialen Normen einer Gesellschaft andererseits, anhand derer Erfolg oder Misserfolg einer Handlung beurteilt werden.

Der kausale Nexus zwischen Handlung und Handlungsfolge wird in hochgradig vernetzten Systemen, und zumal in Systemen, in denen technologische Artefakte und Algorithmen in Handlungsketten integriert sind, immer schwieriger nachweisbar. Damit verliert das Verantwortungsprinzip zunehmend seine traditionelle orientierungsstiftende Funktion und es kommt zu einer paradoxen Entwicklung: Einerseits nimmt der Anteil der Eigenverantwortung von Akteure an immer mehr Handlungszusammenhängen zu, andererseits sind aber immer weniger Akteure für die jeweiligen Handlungsfolgen allein verantwortlich. Mit der Zunahme individueller Verantwortlichkeiten nehmen auch die Situationen diffuser Zurechenbarkeiten zu. Das hat weitreichende Konsequenzen. Mit zunehmender Vernetzung von individuellen und kollektiven Akteuren (und „Aktanten“) erhöht sich nämlich die Bereitschaft, prospektiv Aufgabenverantwortung zu übernehmen und entsprechende Risiken einzugehen. Im gleichen Maße sinkt die Bereitschaft (und die faktische Möglichkeit), im Falle des Misserfolgs retrospektive Zurechnungsverantwortlichkeit einzuräumen.

Angesichts der Brisanz dieser Entwicklung überrascht es, dass das Konzept der Verantwortung in der empirischen Politikwissenschaft, im Gegensatz zu Teilen der Politischen Theorie, bisher kaum Gegenstand umfassender Analysen war. Bislang wird das Konzept Verantwortung in der Politikwissenschaft zwar gern verwendet, jedoch kaum als empirisches Phänomen, semantisches Konzept oder diskursive Ordnung selbst zum Forschungsgegenstand. Die Bedeutung von Verantwortung wird vielmehr stillschweigend vorausgesetzt. Dieses implizite Verantwortungsverständnis erstreckt sich dabei nicht nur auf Bereiche politischer Handlungs- und Entscheidungskonflikte, sondern auch auf vertraglich kodifizierte, diskursive oder kulturelle Rechtfertigungsordnungen. Dabei wird das Konzept selten eigens hinterfragt, sondern allenfalls auf die entsprechende Literatur in den Rechtswissenschaften und der Philosophie verwiesen. Ziel der Konferenz und des daran anschließenden PVS-Sonderhefts ist, diese Leerstelle zu füllen, Ansätze für ein reflexives

Verantwortungskonzept zu entwickeln und damit der Politikwissenschaft neue analytische Zugangsmöglichkeiten zu eröffnen. Die Beiträge beleuchten dabei *die theoretischen und ethisch-normativen Grundlagen politischer Verantwortung*, das *Spannungsverhältnis zwischen individueller und kollektiver Verantwortung* sowie das Phänomen der *Verantwortungsdiffusion*, welches nicht zuletzt durch *technologische Fortschritte* virulenter wird. Die im folgenden skizzierten übergreifenden Themengebiete können als weitere Anhaltspunkte für einzureichenden Beiträge dienen, weitere bislang nicht berücksichtigte Fragestellungen sind jedoch ebenso willkommen.

Politische Verantwortung:

Politikwissenschaftlich geläufig ist insbesondere Max Webers Text zu „Politik als Beruf“ und seine Unterscheidung in „Verantwortungs- und Gesinnungsethik“. Im französischen und angloamerikanischen Kontext reicht das Konzept der politischen Verantwortung bis zur englischen und französischen Revolution zurück. Welche unterschiedlichen Konsequenzen haben solche divergenten Konzepttraditionen auf den aktuellen Umgang mit Verantwortung in unterschiedlichen politischen Kulturen? Wie wird kollektive Verantwortung aktuell und historisch politisch gefasst und als Rechenschaftspflicht (accountability) institutionalisiert. Wie hat sich der politische Umgang mit individueller (politischer) Verantwortung gewandelt und welche Auswirkungen hat das auf politische Systeme?

Verantwortungskommunikation:

Im Namen der Verantwortung werden so unterschiedliche politische Ziele gerechtfertigt wie ein größeres militärisches Engagement oder ein sozialpolitischer Umbau des Wohlfahrtsstaates, der auf eine vermehrte Kontrolle und Aktivierung seiner Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zielt. Diese Verantwortungsrhetorik der politischen Akteure sollte nicht einfach in die politikwissenschaftlichen Analysen übernommen, aber auch nicht rundheraus als Ideologie zurückgewiesen werden. Vielmehr soll nach der Rolle der Verantwortungskommunikation als implizite Voraussetzungen von Politik gefragt werden. Was im Namen von Menschenrechten und humanitärer Sicherheit geschieht, kann, muss aber nicht mit Verantwortung gerechtfertigt werden. Es stellt sich also die Frage, warum eine Verantwortungsrechtfertigung in einem Fall notwendig ist und in anderen Fällen nicht.

Verfahren der Verantwortungszurechnung:

Die Politikwissenschaft beschäftigt sich mit ganz unterschiedlichen Verantwortungstypen und -dimensionen. Verantwortung bezieht sich auf zukünftiges Verhalten, dient zugleich aber auch als Maßstab für vergangenes. Verantwortung wird persönlich oder stellvertretend, in Form der politischen Verantwortung, übernommen. Verantwortung ist eine moralisch-ethische Kategorie, aber auch eine rechtliche, mit komplexen Mustern der Verantwortungszuschreibung. Die individuelle Zurechnung von Verantwortung ist vor allem ein Problem von Verfahren, und zwar zum einen rechtlich in Verwaltungsverfahren, Gerichtsverfahren und gerichtsähnlichen Prozeduren, aber zum anderen auch politisch in der Wahrnehmung politischer Mandate. In diesem Zusammenhang wäre danach zu fragen, welche Prinzipien und Mechanismen in Verfahren angewendet werden, um Verantwortung individuell oder kollektiv zuzurechnen und wie sich diese Mechanismen verändert haben. Technologischer Fortschritt ist hier als eine zentrale Ursache von Veränderungen zu beleuchten, denn er ermöglicht einen immer höheren Autonomiegrad von technischen Systemen (wie zum Beispiel in digitalen Netzwerken) und verstärkt Phänomene von Verantwortungsdiffusion.

Je problematischer die Verantwortungskonstellationen werden, desto höher scheint der Verantwortungsbegriff im Kurs zu stehen. Denn er enthält nach wie vor das Versprechen politischer Ordnung, Rechtmäßigkeit und Vernunft. Damit ist der Verantwortungsbegriff ein Kernbegriff der Politikwissenschaft, der bislang vor allem in der politischen Theorie beleuchtet wurde. Eines der Ziele des PVS-Themenheftes ist daher, die korrespondierende empirische Expertise aus der Vergleichenden Politikwissenschaft und den Internationalen Beziehungen in ähnlicher Weise fruchtbar zu machen und mit der politischen Theorie in einen Dialog zu bringen. Darüber hinaus ist Verantwortung ein prominenter Begriff in den Nachbardisziplinen der Politikwissenschaft, namentlich in der Rechtswissenschaft, der Philosophie und der Soziologie. Wünschenswert wäre es daher, auch zu einem interdisziplinären Dialog beizutragen.

Abstracts

Bitte senden Sie Ihre Abstracts von maximal 700 Wörtern bis zum 30. Juni 2015 an die folgende Emailadresse: verantwortung@normativeorders.net